

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 5. November 2012 – 3/2012

Wahl oder Nichtwahl: Wer sind die Nichtwähler in Deutschland?

In den letzten Jahrzehnten ist die Wahlbeteiligung bei Bundestags- wie Landtagswahlen tendenziell zurückgegangen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und können nicht losgelöst vom Hintergrund der allgemeinen Rahmenbedingungen der politischen Partizipation in Deutschland betrachtet werden. Vor dem bedeutenden Wahljahr 2013 wird natürlich die Frage interessant sein, inwieweit diese Tendenz anhält. Dabei wissen wir recht wenig über die Nichtwähler, die in den Wahlanalysen oftmals zu kurz kommen. Wer sind eigentlich die Nichtwähler in Deutschland? Handelt es sich um eine homogene Gruppe, sind sie für die Parteien (wieder) zu gewinnen und wie ist generell ihr Verhältnis zur Politik?

Wahl oder Nichtwahl: Wer sind die Nichtwähler in Deutschland?

Gerhard Hirscher

Daten und Fakten zu den Nichtwählern

Erfreulicherweise sind in jüngster Zeit immer wieder einzelne Analysen zu den Nichtwählern erschienen. Allen voran muss die neue Nichtwählerstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) genannt werden.¹ Dazu wurde bis Ende 2011 eine empirische Analyse von Infratest dimap angefertigt, bei der Personen, die bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 angegeben hatten, nicht zur Wahl gegangen zu sein, nochmals befragt wurden. Die Umfrage soll repräsentativ für diese Nichtwähler sein. Eine qualitative Vorstudie wurde Ende 2011 vom Institut GMS angefertigt.

Mit dem Versuch, auf der Grundlage von Umfragen im Umfeld von Bundestagswahlen repräsentativ Nichtwähler zu befragen, unternimmt die KAS einen interessanten neuen Ansatz. Die Studie verhehlt aber nicht, dass es bei dieser Frage große methodische Probleme gibt. Das mit Abstand größte Problem liegt in der Tatsache, dass bei den (im allgemeinen sehr genauen und aussagefähigen) Nachwahlbefragungen – also den „exit polls“ direkt im Wahllokal – die Nichtwähler logischerweise überhaupt nicht erfasst werden, da sie (wie die Briefwähler) dort nicht erscheinen. So bleibt als wichtigstes Instrument das der repräsentativen Befragung, das aber unter dem Problem möglicher Falschaussagen leidet – bei einer umfassenden lokalen Untersuchung 1994 haben 28,5 % nachweislicher Nichtwähler sich im Nachhinein als Wähler bezeichnet. Bei der Nachwahlstudie der GLES (German Longitudinal Election Study) zur Bundestagswahl 2009 war der Anteil immerhin noch 12 Prozentpunkte höher. Außerdem gibt es den Effekt des „Overreporting“, wonach vor allem die eher besser gebildeten und sozial integrierten Schichten eher dazu neigen, ihre Wahlteilnahme zu überschätzen; das heißt, sie geben bei Befragungen im Nachhinein überdurchschnittlich oft an, doch zur Wahl gegangen zu sein, selbst wenn dies nicht der Fall war. Insgesamt müssen also gerade bei diesem Thema auch bei einer repräsentativen Befragung die jeweiligen Ergebnisse mit einer gewissen distanzierten Vorsicht betrachtet werden.

Die Wahlbeteiligung 2009 und 2005 kann aufgrund der repräsentativen Wahlstatistiken nach Alter und Geschlecht aufgeschlüsselt werden. Danach war 2009 die Wahlbeteiligung auf dem bislang tiefsten Wert von 70,8 %, davon 72,2 % im Westen und 64,7 % im Osten. Sie steigt mit dem Alter kontinuierlich an, lässt aber bei den über 70-Jährigen wieder nach. Der Anteil der Nichtwähler war 2009 bei den Frauen mit 29,0 % etwas höher als bei den Männern mit 28,2 %. Allerdings nahm die Wahlabstinenz bei allen Jahrgängen zu. Gegenwärtig ist also die Wahlbereitschaft bei älteren Bürgern deutlich höher als bei den

Jüngeren: Der Nichtwähleranteil bei der Bundestagswahl 2009 lag am höchsten bei den 21- bis 25-Jährigen mit 40,9 % und lag am niedrigsten bei den 60- bis 70-Jährigen mit 20,0 %.² Diese Verteilung dürfte auch in Zukunft so bleiben, auch wenn es wahrscheinlich ist, dass aufgrund des Kohorteneffektes (eine bestimmte Generation behält ihr in jungen Jahren praktiziertes Wahlverhalten zumindest zu einem gewissen Anteil auch im Alter bei) künftig auch bei den Senioren nicht mehr diese hohen Wahlbeteiligungsraten erreicht werden könnten.³

Sind Nichtwähler anders?

Die Daten der Studie der KAS stützen nicht durchgängig die These einer sozialen „Randständigkeit“ der Nichtwähler. In den Daten zu 2005 sind die mittleren Schulabschlüsse sogar überrepräsentiert, in denen zu 2009 sind niedrig Gebildete nur etwas über- und höher Gebildete leicht unterrepräsentiert gegenüber der gesamten Wählerschaft. Dies kann allerdings auch am methodischen Problem des „overreporting“ liegen. Eindeutig höher sind bei den Nichtwählern allerdings die Wähler ohne Konfession, was zum Teil an der niedrigeren Beteiligung im Osten liegt.

Auch in anderen Studien wird durchaus die Meinung vertreten, die Nichtwähler seien anders. Die These, die Nichtwähler seien in der Mitte der Gesellschaft angekommen, wird als „Mythos“ bezeichnet.⁴ So sei das Wahlverhalten nach wie vor sozial ungleich verteilt. Selbst innerhalb einzelner Großstädte kann nachgewiesen werden, dass die Wahlbeteiligung in sozial schwachen Stadtteilen deutlich niedriger liegt. Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen lag bei Arbeitslosen sowie den Bevölkerungsteilen mit niedrigem Einkommen, niedriger Schichtzugehörigkeit und niedriger Bildung deutlich unter den mittleren und vor allem höheren Segmenten. Diese Unterschiede sind in den letzten Bundestagswahlen sogar noch gewachsen.⁵ Man darf sich nicht durch die Behauptungen einzelner Intellektueller oder Prominenter täuschen lassen: Entgegen immer wieder publizierter Darstellungen bilden die Nichtwähler „keinen Querschnitt der Bevölkerung“⁶ und unterscheiden sich vom Durchschnitt der Wähler.

Dies wird unterstützt durch die Ergebnisse einer neueren Analyse der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009.⁷ Dort wird auf der Basis der Daten der GLES gezeigt, dass bei den Nichtwählern etwa das politische Interesse und die Demokratiezufriedenheit niedriger ausgeprägt sind als im Durchschnitt. Auch die Demokratiezufriedenheit und die Einschätzung der Wirtschaftslage fallen deutlich niedriger aus. Neben aktuellen Faktoren wird bei den Nichtwählern eine generelle Entfremdung vom politischen Prozess konstatiert.

Eine der umstrittenen Fragen in der Diskussion über die Nichtwähler ist der Aspekt, ob es sich dabei um eher randständige Bevölkerungsteile oder um bewusste, also „rationale“ Nichtwähler handelt. Die Studie der KAS betont auf der einen Seite, dass nach ihren Daten kein wesentlicher Unterschied im politischen Interesse zwischen Wählern und Nichtwählern nachgewiesen werden kann. Auf der anderen Seite zeigt eine konkrete Rückerinne-

rungsfrage, dass unter den Nichtwählern ein höheres Nichtwissen und eine größere Politikdistanz zu verzeichnen sind.⁸ Dies stützt auch anhand dieser Studie die These, dass unter den Nichtwählern bestimmte gesellschaftliche und soziale Schichten (vor allem die bildungsferneren und schwächer gestellten) stärker vertreten sind.

Nichtwähler und Parteien

Nichtwähler sind keine homogene Gruppe. Es handelt sich dabei nur teilweise um Bürger, die nie zur Wahl gehen. Manche sagen, sie gehen nicht immer zur Wahl. So gaben nur 43 % der Nichtwähler von 2009 an, sie würden wieder nicht zur Wahl gehen. Mehr als die Hälfte gab an, sie würden dies doch tun.⁹ In der Realität dürften dies aber deutlich weniger sein. Bei repräsentativen Umfragen in der Gesamtbevölkerung sagen dies nur 11 %. Die Nichtwähler haben ebenfalls nur selten eine Zweitpräferenz, was bei Wählern in ungleich höherem Ausmaß der Fall ist. Insofern muss fraglich bleiben, wie hoch der Anteil der dauerhaften Nichtwähler wirklich ist. Dennoch scheint ein nennenswerter Teil der Nichtwähler wieder zur Wahl zu bewegen zu sein.

Etwa drei Viertel der Nichtwähler gaben an, irgendwann in der Vergangenheit auch einmal eine der beiden Volksparteien gewählt zu haben. Etwa 40 % nannten die SPD und etwa ein Drittel die CDU oder CSU. Die SPD hat also (was aus den Wählerwanderungsbilanzen bereits bekannt war) in den letzten beiden Bundestagswahlen mehr an die Nichtwähler verloren als die Union. Bei der aktuellen Wahlbereitschaft geben die Nichtwähler zu 35 % die Union als Wahlpräferenz an, 30 % die SPD, 16 % die Grünen, 6 % die Piraten und jeweils 3 % FDP und DIE LINKE. Auch hier dürfen die methodischen Probleme nicht außer Acht gelassen werden. So bezeichnen sich die befragten Nichtwähler von 2009 zu 28 % als Stammwähler (2005: 27 %), zu 32 % als Wechselwähler (2009: 40 %) und nur 38 % als Nichtwähler (2005: 32 %). Immerhin geben gut 40 % der Nichtwähler an, sie verfügten über eine Parteibindung (im Gegensatz zu knapp 60 % der gesamten Wählerschaft). Bei denen, die eine Parteibindung angaben, nannten (vergleichbar mit der Wahlbereitschaft) 2009 31 % die Union, 32 % die SPD, 13 % die Grünen, 7 % die Piraten, 4 % DIE LINKE und 3 % die FDP.¹⁰

In einer anderen Studie von Armin Schäfer aus den Materialien der GLES werden vergleichbare Daten genannt.¹¹ Dort werden die Werte der Parteianhänger unter den Nichtwählern bei der Bundestagswahl 2009 für CDU und SPD auf etwa 30 % angegeben. Bei der LINKEN waren deren Anhänger mit etwa 20 % deutlich überrepräsentiert, bei den Grünen hingegen nur leicht. Generell neigen die Nichtwähler auch nach diesen Daten unterdurchschnittlich zu Union und FDP. Dementsprechend wird auch eine Koalition von SPD und LINKEN (entweder mit oder ohne die Grünen) von den Nichtwählern einer Koalition aus Union und FDP deutlich vorgezogen.

Motive der Nichtwähler

Zu den Motiven meldet die Studie der KAS,¹² dass die subjektiv empfundene Wahlpflicht bei den Nichtwählern weniger als 50 % betrage (2009: 29 % „voll und ganz“, 14 % „eher“), während dies in der Gesamtbevölkerung fast zwei Drittel angeben. Die Mehrheit der Nichtwähler ist auch mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, allerdings liegt der Anteil bei der Gesamtbevölkerung höher. Der Anteil der Unzufriedenen ist jedenfalls mit 41 % (2005) und 38 % (2009) etwa doppelt so hoch wie bei allen Wahlberechtigten.

In einer Faktorenanalyse arbeitet die Studie drei typische Faktoren heraus, die sich aus den Antworten erkennen lassen. Der erste Faktor sei gekennzeichnet durch politische Entfremdung gekoppelt, mit dem Gefühl, dass Politik nicht auf die eigenen Bedürfnisse eingeht. Dabei spielt der negative Eindruck von Parteien und Politikern eine Rolle (fehlende Unterschiedlichkeit; die machen ohnehin, was sie wollen; fehlende Verbundenheit). Dies dürfte möglicherweise typisch für die dauerhaften, eher randständigen Nichtwähler sein. Dies wird allerdings nicht näher ausgeführt.

Der zweite Faktor beinhaltet konkrete Kritik an Parteien, wobei Nichtwahl als „Denkzettel“ gesehen wird – entweder gegen eine Partei, die früher gewählt wurde, oder gegen alle Parteien.

Der dritte Faktor beschreibt den „zufriedenen“ Nichtwähler, der nicht zur Wahl geht, weil er mit dem, was im Staat passiert, zufrieden ist (das seien aber nur 11 %) oder wegen der Ausgangslage, also weil etwa die Wahl im Vorfeld bereits als entschieden gilt (das seien nur 4 %). Diese Gruppen wurden in der Vergangenheit in der Forschung oftmals als bedeutender Teil der Nichtwähler bezeichnet, so dass die Zahlen dieser Studie – wenn sie aussagefähig sind – einen gewissen Perspektivenwechsel bieten.

In Verbindung mit Daten der qualitativen Studie wird von der KAS herausgearbeitet, dass sich viele befragte Nichtwähler dahingehend äußern, der „kleine Mann“ (der keineswegs arm sein müsse) fühle sich von der Politik nicht richtig einbezogen. Entfremdungs- und Ohnmachtsgefühle werden deutlich artikuliert. Insgesamt sei bei den Nichtwählern keinesfalls eine „verdeckte Stammwählerschaft“ der Union zu finden. Von dem knappen Drittel, das angab, irgendwann einmal die Union gewählt zu haben, seien zwei Drittel höchstens als Gelegenheitswähler zu sehen. Auch eine vermeintliche Distanz der Union zu den christlichen Werten spiele bestenfalls für 4 bis 5 % der Nichtwähler eine Rolle und sei daher zu vernachlässigen. Die These, dass vor allem christlich orientierte ehemalige Unions-Stammwähler ins Nichtwählerlager gewandert seien, wird klar abgelehnt. Bezogen auf das Konservative werden aufgrund der Datenlage keine Aussagen getroffen. Allerdings wird in einer Fußnote erwähnt, dass 50 % der ehemaligen Unionswähler der Aussage zustimmten: „Die CDU / CSU hält nicht mehr an ihren konservativen Tugenden und Werten fest.“ Interessant ist die Aussage, dass ein Großteil der Befragten keine politischen Gründe für ihr Verhalten angeben konnte, sondern entweder Motive habitueller Natur wie die Prägung durch Elternhaus und Umwelt eine Rolle spielten oder emotional wahrgenommene Images von Parteien und Politikern.

Die Vermutung, Einstellungen und Motive der Nichtwähler unterscheiden sich vom Durchschnitt der Bevölkerung, wird auch durch die Ergebnisse anderer jüngerer Studien gestützt. So ergab eine (wenn auch wohl nicht repräsentative) Befragung junger Wahlberechtigter von 18 bis 25 Jahren, dass sich in dieser Gruppe die bekennenden Nichtwähler in einigen Punkten abheben.¹³ So waren bei ihren Wertvorstellungen „persönliche Freiheit“ niedriger, die „Familie“ aber klar höher angesetzt als beim Durchschnitt. „Umweltschutz und Klimaschutz stärken“ sowie der „Atomausstieg“ und der „Bürokratieabbau“ ist ihnen weniger wichtig als dem Durchschnitt; „Steuern senken“, „Zuwanderung begrenzen“ und „Kriminalität stärker bekämpfen“ aber deutlich wichtiger. Für weitergehende Aussagen müssten diese Ergebnisse aber durch weitere repräsentative Studien bekräftigt werden.

Klarere Aussagen erlaubt eine Studie der Universität Leipzig vom Sommer 2012.¹⁴ Aufgrund einer repräsentativen Befragung werden mehrere Unterschiede zwischen den Nichtwählern und dem Rest der Bevölkerung deutlich. So haben nach dieser Studie die Nichtwähler mit Abstand den höchsten Anteil von Menschen in der Gruppe mit dem niedrigsten Haushaltseinkommen: 18,5 % der Nichtwähler haben ein Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro – bei den Grünen waren dies 4,1 % und den Unionswählern 5,7 %. Die Nichtwähler sind also laut dieser Umfrage am ärmsten. Der Anteil der Abiturienten unter ihnen ist mit 10,8 % neben den Wählern der Rechtsaußen-Parteien mit 10 % am niedrigsten. Unter den Arbeitslosen genießen die Nichtwähler mit 34,9 % die mit Abstand höchste Präferenz weit vor der SPD mit 19,8 % und Linken, Piraten und CDU / CSU mit jeweils 9,3 %. Die Sorge um den Arbeitsplatz ist bei den Nichtwählern ebenfalls überdurchschnittlich ausgeprägt. Der Altersdurchschnitt der Nichtwähler ist etwas unter dem Durchschnitt, ist aber bei Grünen und Piraten noch etwas niedriger. Mit 56,9 % haben die Frauen gegenüber den Männern mit 43,1 % ein Übergewicht. In den neuen Ländern und generell in ländlichen Regionen sind die Nichtwähler überrepräsentiert.

Darüber hinaus identifiziert diese Studie der Universität Leipzig noch einige individuelle Faktoren. Die Wähler von CDU und CSU, aber auch der Rechtsaußen-Parteien und die Nichtwähler beklagen einen im Durchschnitt schlechteren Gesundheitszustand. Hierfür dürfte bei der Union das höhere Durchschnittsalter beitragen, während bei den anderen Gruppen zusätzliche Faktoren eine Rolle spielen. So lässt sich bei den Nichtwählern eine überdurchschnittliche Ängstlichkeit ermitteln. Daneben weisen sie die mit Abstand höchsten Werte von Depressivität auf. Dies lässt darauf schließen, dass sich unter den Nichtwählern auch viele Menschen mit spezifischen psychologischen Dispositionen befinden dürften.

Fazit

Die Nichtwähler in Deutschland sind keine homogene Gruppe. Dies wird auch aus den Ergebnissen dieser neuesten Untersuchungen wieder deutlich. Es gibt nach wie vor „zufriedene“ Nichtwähler. Die Nichtwahl erscheint hier als Wohlstandsphänomen, da die betroffenen Nichtwähler annehmen, es sei auch ohne ihre Wahlteilnahme alles in Ordnung und ihre Stimmabgabe ändere nichts. Diese Gruppe ist zwar laut der Studie der KAS sehr klein, könnte aber in der Realität auch wegen der methodischen Probleme größer sein – hier ist das schlechte Gewissen bei der Frage nach der Wahlteilnahme möglicherweise größer ausgeprägt und führt zu anderen Angaben in einer Befragung.

Stärker zu veranschlagen sind sicher die Gruppen, die aus Protest („Denkzettel“) oder wegen dauerhafter Entfremdung nicht zur Wahl gegangen sind. Hier sind die genauen Größenordnungen kaum im Detail zu eruieren, aber alle Studien deuten darauf hin, dass sich große Teile der Nichtwähler soziologisch und mental vom Durchschnitt der Bevölkerung und von anderen Parteianhängern unterscheiden. Der angeblich rationale Nichtwähler der gehobenen Schichten, der bewusst auf die Wahlteilnahme verzichtet, ist ein minimales Randphänomen. In der Masse finden sich die Nichtwähler bei den Jüngeren, vor allem in den neuen Ländern und generell in ländlichen Regionen. Sie repräsentieren eben nicht die Mitte der Gesellschaft, sondern sind besonders stark vertreten bei den ärmeren Schichten, den weniger Gebildeten und Qualifizierten, bei Arbeitslosen und insgesamt bei sozial oder sogar psychologisch randständigen Mitbürgern.

Insgesamt scheint es daher wahrscheinlich zu sein, dass der weit überwiegende Teil der Nichtwähler höchstens noch gelegentlich zu mobilisieren sein dürfte und ansonsten regelmäßig den Wahlen fern bleibt. Auch hier sind die genauen Größenordnungen schwer zu ermitteln. In jedem Fall scheinen vor diesem Hintergrund große Strategieentwürfe der Parteien (und vor allem der Volksparteien) zur (Rück)Gewinnung von Nichtwählern in großer Zahl wenig aussichtsreich.

Insgesamt belegt gerade die Studie der KAS, dass es sich bei den Nichtwählern keinesfalls um abtrünnige ehemalige Stammwähler der Parteien handelt und vor allem nicht um Abgänger von der Union, die aus Enttäuschung über die Politik von CDU und CSU ihre Unterstützung versagt hätten. Zwar sind nicht alle Nichtwähler dauerhafte Abstinenter. Viele sehen sich sogar als Stammwähler und könnten theoretisch wieder zur Wahlteilnahme bewegt werden. Allerdings würde eine teilweise Ausschöpfung dieses Potenzials im Verhältnis allen Parteien ähnlich der allgemeinen Wahlabsicht zugute kommen. Es würden sich nur die Stimmenzahlen und nicht die Prozentwerte erhöhen. Die Studie verneint daher die Möglichkeit, seitens einer Partei (auch der Union) durch gezielte Mobilisierung von Nichtwählern einen Vorteil gegenüber anderen Parteien zu erzielen. Wichtiger als die Mobilisierung der Nichtwähler scheint in jedem Fall – mit Blick auf den Wahlerfolg – die Mobilisierung der Wähler zu sein.

Anmerkungen

- ¹ Neu, Viola: „Dann bleib ich mal weg.“ Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler, St. Augustin / Berlin 2012.
- ² Ebd., S. 21.
- ³ Bergmann, Michael / Konzelmann, Laura / Rattinger, Hans: Deutschland auf dem Weg in die „Rentner-Demokratie“? Eine empirische Untersuchung altersspezifischer Einstellungsunterschiede und ihrer Bedeutung für das Wahlverhalten auf der Basis einer aktuellen Bevölkerungsumfrage, in: Politische Vierteljahresschrift 3/2012, S. 371-393, hier S. 375 f.
- ⁴ So von Schäfer, Armin in seinem Artikel: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger: Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, hrsg. von Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher, Frankfurt a. M. 2011, S. 133-154, hier S. 133.
- ⁵ Siehe hierzu die Ergebnisse bei Schäfer: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger, S. 138-143.
- ⁶ Ebd., S. 153.
- ⁷ Steinbrecher, Markus / Rattinger, Hans: Die Wahlbeteiligung, in: Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009, hrsg. von Hans Rattinger, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck und Bernhard Weißels, Baden-Baden 2011, S. 77-90.
- ⁸ Neu: „Dann bleib ich mal weg.“, S. 24-27.
- ⁹ Ebd., S. 28.
- ¹⁰ Ebd., S. 28 ff.
- ¹¹ Schäfer: Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger, S. 149 ff.
- ¹² Neu: „Dann bleib ich mal weg.“, S. 36 ff.
- ¹³ Onken, Holger / Schneider, Sebastian H.: Entern, kentern oder auflaufen? Zu den Aussichten der Piratenpartei im deutschen Parteiensystem, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2012, S. 609-625, hier S. 623.
- ¹⁴ Studie: Die Parteien und das Wählerherz. Auftraggeber: Abteilung Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Projektleiter: Elmar Brähler / Oliver Decker, Leipzig 2012, zit. nach medpsy.uniklinikum-leipzig.de/red_tools/dl_document.php?id=282, Stand: 10.10.2012.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.